

um die negativen Effekte des 11. September zu überwinden, könnte dies zu einem Druck auf die Zinsen in China führen.

Während die Fortsetzung der aktiven Fiskalpolitik die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte stärken kann, wird die Entwicklung der USA vor allem für eine Belebung der Exporte entscheidend sein. Für das laufende Jahr wird – basierend auf offiziellen Statistiken – nach Einschätzung der meisten Analysten noch ein Wirtschaftswachstum von mindestens 7% erreicht werden können. (IHT, 8.11.01) -schü-

SVR Hongkong

28 Proteste gegen zweite Amtszeit Tung Chee-hwas als Regierungschef

Tung Chee-hwa hat seine erneute Kandidatur für die im Frühjahr nächsten Jahres beginnende zweite Amtszeit des *Chief Executive* der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong noch nicht verkündet. Dennoch haben sich seine politischen Gegner bereits in einer Form „vorausseilenden Ungehorsams“ zu Protesten zusammengefunden.

Am 25. November, einem Sonntag, zogen rund 500 Demonstranten durch das Zentrum Hongkongs vom Victoria Park zum Regierungsgebäude. Sie folgten dem Aufruf von Emily Lau, Abgeordneter im *Legislative Council* und demokratischer Aktivistin der ersten Stunde. Diese hatte eine „Coalition against a Second Term“ initiiert, an der sich rund dreißig pro-demokratische Gruppierungen Hongkongs anschlossen. Öffentliche Aufmerksamkeit erhielten die Proteste vor allem auch dadurch, dass Emily Lau am selben Tag in einem Fernsehinterview des Senders Radio Television Hong Kong (RTHK) Gelegenheit hatte, die Motive der Demonstrationen zu erläutern.

So vertrat Emily Lau die Ansicht, dass ein großer Teil der Hongkonger Bevölkerung mit der politischen Führung und Entscheidungsschwäche, der verbreiteten Vetternwirtschaft sowie dem

mangelnden Respekt der Regierung für Rechtsstaatlichkeit („rule of law“) zunehmend unzufrieden sei. Unter der Führung Tung Chee-hwas habe sich der Eindruck intensiviert, dass ihm nahe stehende Personen eine bevorzugte Behandlung genossen. Großen Schaden hätte die Ersuchung des Nationalen Volkskongresses in Beijing um eine Auslegung des Hongkonger *Basic Law* in der Frage des ständigen Aufenthaltsrechts von Festländern im Sommer 1999 angerichtet, die in der SVR eine starke Verunsicherung ausgelöst habe. Zuvor hatte Frau Lau geäußert, dass viele Hongkonger Geschäftsleute, Politiker und andere Berufsgruppen die Regierungsarbeit seit 1997 sehr negativ einschätzten. Aus Furcht vor einer Beeinträchtigung ihrer kommerziellen bzw. politischen Interessen wagten sie jedoch nicht, ihre Unzufriedenheit an die Öffentlichkeit zu bringen.

Die sich nun häufenden Proteste geben den Auftakt zu dem, was man als „negativen Wahlkampf“ bezeichnen könnte. Die politische Opposition ebenso wie die Öffentlichkeit schauen gebannt auf Tung Chee-hwa als einen Kandidaten, der seine Kandidatur noch nicht erklärt hat, von dem aber jeder ausgeht, dass er dies rechtzeitig vor dem März 2002 tun wird, zumal sich ein ernsthafter Gegenkandidat bisher nicht profiliert hat. Entsprechend aufmerksam wird jeder seiner öffentlichen bzw. halböffentlichen Auftritte, sämtliche Worte und Gesten sorgfältig darauf hin abgewogen, wie er sich dadurch im Hinblick auf seine bevorstehende Kandidatur positionieren könnte.

So wurde eine pessimistische Einschätzung Tung Chee-hwas hinsichtlich der weiteren konjunkturellen Entwicklung Hongkongs, die er Mitte November vor führenden Geschäftsleuten abgab, als Signal dafür gewertet, dass er sich mittels eines möglichst frühzeitigen Eingeständnisses der gewaltigen ökonomischen Herausforderungen der SVR für die Phase vor dem Amtswechsel möglichst den Rücken freihalten wollte. Andere mutmaßten, dass Tung die Verkündung seiner Kandidatur möglichst lange hinauszögern werde, weil er ab diesem Zeitpunkt laut Hongkonger Verwaltungsvorschriften peinlich genaue Auskunft über seine Wahlkampfausgaben geben

müsse. Schließlich wurde das Populartätstief Tung Chee-hwas als Faktor für seine abwartende Haltung angeführt – sein Beliebtheitsgrad bei der Bevölkerung stagniert laut Umfragen nach wie vor auf einem Wert leicht unter dem Durchschnitt der Populartätswerte Hongkonger Prominenter.

In diesem Schwebezustand scheint die chinesische Führung in Beijing sich zu vornehmer Zurückhaltung entschlossen zu haben. Während Ministerpräsident Zhu Rongji sich während seines Europabesuchs im September noch ambivalent-kritisch über die mangelnde politische Entscheidungs- und Umsetzungsfreude der Hongkonger Regierung geäußert hatte, sind zuletzt aus Beijing weder positive noch negative Töne zur Person Tung Chee-hwas erklungen. Allerdings hat nach Angaben der *International Herald Tribune* die Hongkonger Tageszeitung *Apple Daily* Ende November davon berichtet, dass Vertreter der chinesischen Zentralregierung bei ausländischen Consultants, Geschäftsleuten und Wissenschaftlern Erkundungen eingeholt hätten. Insbesondere wollten die Beijinger Gesandten angeblich wissen, ob Hongkong besser gestellt wäre, wenn Tung Chee-hwa nicht für eine zweite Amtszeit als Regierungschef antreten würde.

Die Frage erscheint müßig, so lange sich aus den Reihen der gegenwärtigen Führungsspitze oder der politischen Parteien kein ernst zu nehmender Gegenkandidat erhebt, von dem man zugleich erwarten könnte, dass er oder sie Beijings Rückendeckung hätte. Eine mögliche Variante, die seit mehreren Monaten in Hongkong kursiert, wäre etwa die Wiederwahl Tung Chee-hwas zum Regierungschef – mit der stillschweigenden Übereinkunft, dass dieser deutlich vor Ablauf der zweiten Amtszeit aus Gesundheitsgründen seinen Rücktritt erklärt und den Weg für einen Nachfolger freimacht. Als relativ aussichtsreicher Kandidat für einen solchen „weichen“ Führungswechsel wird Antony Leung gehandelt, der im April dieses Jahres Donald Tsang als *Financial Secretary* abgelöst hat und sich in dieser Funktion bisher weitgehend einen guten Namen gemacht hat. (RTHK Radio 3, 11., 19., 20., 22., 25.11.01, nach BBC, 11., 19., 20., 22., 25.11.01; Hong Kong SAR government web site, 25.11.01,

nach BBC, 25.11.01; SCMP, 14., 17., 21.11.01; *Ta Kung Pao*, 26.11.01, nach BBC, 26.11.01; IHT, 27.11.01) -hol-

29 Mehr Privatschulen infolge der Bildungsreform

Immer mehr angesehene öffentliche Schulen, insbesondere Sekundarschulen, wechseln infolge der Bildungsreform ihren Status und werden zu Privatschulen, indem sie zum sog. „direct subsidy scheme“ übergehen, d.h. sie erheben Schulgeld, auch in Form direkter staatlicher Subventionen an die Schüler, und verzichten ansonsten auf staatliche Finanzierung (vgl. dazu C.a., 2000/5, Ü 35). Der Grund liegt einem Leitartikel der SCMP vom 21.11.01 zufolge nicht so sehr darin, mehr Autonomie zu erlangen, als vielmehr darin, sich weiterhin die besten Schüler auswählen zu können. Seit diesem Schuljahr war im Rahmen der Bildungsreform der Anteil der Schüler, den sich die Schulen selbst aussuchen können, drastisch herabgesetzt worden (bei den Grundschulen 15%, bei den Mittelschulen derzeit 20%). Zudem werden die Schüler beim Übergang zur Sekundarschule nicht mehr wie bisher in fünf Leistungsgruppen eingeteilt (das sog. „banding“), sondern nur noch in drei. Dies bedeutet, dass die Schulklassen heterogener zusammengesetzt sind und auch die Eliteschulen weniger begabte Kinder aufnehmen müssen. Gegen die Reform waren besonders die Eliteschulen und die Eltern Sturm gelaufen, die für ihre Kinder die beste Schulbildung erstreben. Pädagogen sind geteilter Meinung bezüglich des staatlichen Zuweisungssystems, demzufolge die Schulkinder die Schule in Wohnnähe besuchen müssen und somit die freie Schulwahl abgeschafft ist. Während die einen der Überzeugung sind, die besten Schulleistungen und entsprechend die besten Schulabsolventen ließen sich erzielen, wenn die begabten Schüler für sich unterrichtet würden, sind andere der Meinung, dass es sowohl für Schüler mit langsamer als auch für solche mit schneller Lernfähigkeit vorteilhafter sei, wenn die unterschiedlich begabten Kinder gemeinsam unterrichtet würden.

Zwar ist die Abschaffung der freien Schulwahl jetzt Regierungspolitik, aber – so wird in dem Leitartikel be-

mängelt – die öffentlichen Schulen sind nicht genügend ausgestattet, um mit dem Problem, Schüler unterschiedlicher Leistungsstufen zu unterrichten, fertig zu werden. Unterdessen wechseln die Eliteschulen ihren Status und werden Privatschulen. Auf diese Weise können sie es sich durch strenge Aufnahmeanforderungen und die Erhebung hoher Schulgelder leisten, ihre Unterrichtsqualität zu erhalten und Elitenachwuchs heranzuziehen.

Diese Aufteilung der Schulen, so folgert das Blatt, wird wahrscheinlich zu zwei Entwicklungen führen: Auf der einen Seite wird die künftige Elite in den Privatschulen herangebildet, auf der anderen Seite werden die öffentlichen Schulen in zunehmendem Maße mittelmäßig Begabte heranziehen. Eine solche Entwicklung muss zwar nicht nachteilig sein, doch besteht die Gefahr, dass an den öffentlichen Schulen nur noch eine Bildung zweiter Klasse geboten wird und deren Absolventen verminderte Chancen beim Übergang zur Hochschule haben. -st-

30 Erziehungsprogramme für Eltern

Die Bildungsbehörde Hongkongs hat für dieses und die kommenden Schuljahre spezielle Programme für Eltern-erziehung aufgelegt. Eltern, so hieß es auf der Eröffnungszeremonie, zu der auch Regierungschef Tung Chee-hwa erschienen war, seien die ersten Lehrer der Kinder und hätten großen Einfluss darauf, wie die Kinder aufwachsen. Die Regierung hat für diesen Zweck 50 Millionen HK-Dollar für die Schuljahre 2001/02 und 2002/03 bereitgestellt. Die Bildungsbehörde hat ein Komitee für Eltern-erziehung eingerichtet, in dem Vertreter verschiedener Regierungsinstitutionen und gesellschaftlicher Sektoren sitzen. Außerdem wurde ein Team mit der Durchführung entsprechender Programme beauftragt. Geplant sind über 3.000 Kurse für Eltern. Man hofft, dass möglichst viele Eltern daran teilnehmen. Gerechnet wird mit gut 300.000 Teilnehmern. (Vgl. HK XNA, 14.11.01) Die Aktion zeigt nicht nur, welche Bedeutung die Hongkonger Regierung dem Bildungswesen allgemein beimisst, sondern auch, dass man sich bewusst ist, dass eine gute Bildung ebenso von den

Eltern wie von den Schulen abhängt. -st-

SVR Macau

31 Edmund Hos 3. Regierungserklärung, Haushaltsplan 2002 gebilligt

Edmund Ho Hau Wah (He Houhua) gab am 20. November vor der Legislativversammlung seine Regierungserklärung 2002 ab. Die wirtschaftliche Verlangsamung in den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und in Japan, so der Regierungschef, hätten sich auf Macaus exportorientierte verarbeitende Industrie, den Lufttransport und das Finanzgeschäft ausgewirkt. Angesichts der Tatsache, dass die globale Rezession die wirtschaftliche Erholung Macaus vereitelt habe, sei es die Hauptaufgabe der Regierung, das Wirtschaftswachstum zu stimulieren und dem Geschäftssektor und der Bevölkerung zu helfen, im kommenden Jahr mit der erwarteten Rezession in Macau fertig zu werden.

In seiner Erklärung kündigte Edmund Ho einen Plan zur Steuersenkung um 250 Mio. MPtc (31,25 Mio. US\$) an, um der Bevölkerung zu helfen, den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu begegnen. Im dritten Teil seiner Erklärung „Solidarität und Zuversicht, zum Gedeihen bestimmt“ hob er zehn kurzfristige Maßnahmen für das nächste Jahr hervor. Dazu gehört eine 25%ige Senkung der Gewerbesteuer, die Reduzierung der Wohnungssteuer um 500 MPtc (62,5 US\$) und die Befreiung der Geschäftsleute von der *signboard*-Steuer; ferner sind Hotels und Restaurants im kommenden Jahr von der Tourismussteuer befreit. 10 Mio. MPtc sind im Haushaltsplan 2002 für die Unterstützung von Alleinerziehenden und Familien mit Behinderten und dauerhaft kranken Mitgliedern bereitgestellt, und weitere 10 Mio. für die Unterstützung von Studenten aus armen Familien. 1,6 Mrd. MPtc (200 Mio. US\$) sollen in die Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur investiert werden, wodurch 6.000 Arbeitsplätze entstünden. 400 Mio. MPtc würden in Ausbildungskurse für 4.000 Arbeitslose flie-